Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landespolitiker beleidigen öffentlich BKA-Ermittler

10.12.2015

BDK NRW: Die Äußerungen lenken von den Problemen der eigene Kripo des Landes ab: Der Kriminalpolizei NRW fehlen mindestens 2.500 Beamte - es gibt keine Ausbildung für angehende Kriminalbeamte

Was die Meckenheimer NSU-Ermittler am 4. Dezember im Kölner Stadtanzeiger zu lesen bekamen, verärgerte viele der BKA-Beamten mächtig. Mehrere Abgeordnete des NSU-Untersuchungsausschusses in NRW warfen den Ermittlern mangelnde Kooperationsbereitschaft, magere Ermittlungsergebnisse, Unerfahrenheit und mangelnde Professionalität vor.

Diese Kritik weist nun Denny Vorbrücken, Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) im Bundeskriminalamt, als „blanke Polemik“ zurück. „Es ist erstaunlich, wie hier versucht wird, das eigene Profil auf Kosten anderer zu schärfen“. Nachdem das BKA in sämtlichen Untersuchungsausschüssen und insbesondere vor dem OLG München beste Kritiken erhalten habe, müsse die Gegenfrage erlaubt sein, was die Abgeordneten mit ihrer Pauschalschelte bezwecken. Seit Beginn des NRW-Untersuchungsausschusses gab es nahezu nichts wirklich Berichtenswertes mit Neuigkeitswert. Nun versuchen eigene Abgeordnete offenbar Schlagzeilen zu produzieren, indem sie mit dem Bundeskriminalamt ausgerechnete die professionellste kriminalpolizeiliche Organisation diskreditieren, die Deutschland hat.

Dieser Auffassung schließt sich auch Vorbrückens Kollege Sebastian Fiedler, der NRW-Landesvorsitzende des BDK an: „Die NRW-Politiker sitzen im Glashaus und werfen mit sehr großen Steinen. Das beleidigt nicht nur mehrere tausend engagierte Kolleginnen und Kollegen des BKA. Schlimmer noch: Es lenkt von den extremen Problemen ab, vor denen die eigene Kripo des Landes aktuell steht. Der Kriminalpolizei NRW fehlen mindestens 2.500 Beamte, es gibt keine Ausbildung für angehende Kriminalbeamte und die Schere zwischen Ermittlungsansätzen und Ressourcen hat ein so historisch hohes Ausmaß erreicht, dass eine Spaltung der Gesellschaft droht."

Schlagwörter
Nordrhein-Westfalen
diesen Inhalt herunterladen: PDF